



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

100 JAHRE OKTOBERREVOLUTION: RUSSLANDS BLICK ZURÜCK

■ ANALYSE		
Erinnern und Vergessen:		
Wie Russland heute der Oktoberrevolution gedenkt		2
Ekaterina Makhotina, Bonn		
■ ANALYSE		
Alles, nur keine Revolution!		
Drei Ausstellungen zum hundertsten Jahrestag der Ereignisse von 1917		5
Andrei Zavadski, Berlin		
■ UMFRAGE		
Die Oktoberrevolution in den Augen der Menschen in Russland		9
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Die Präsidentschaftskandidatur von Ksenija Sobtschak		14
Jens Siegert, Moskau		
■ CHRONIK		
20. – 30. Oktober 2017		18

Erinnern und Vergessen: Wie Russland heute der Oktoberrevolution gedenkt

Ekaterina Makhotina, Bonn

Zusammenfassung

Die Russische Revolution ist im Jahr 2017 eher ein Objekt des Vergessens, als eines des Erinnerns. Auf der Ebene der Geschichtspolitik wird als Lehre der Revolution die Versöhnung und Einheit beschworen. In der Gesellschaft selbst gibt es kaum Interesse an den Ereignissen vor hundert Jahren. Lediglich die Kommunisten halten am Gründungsmythos des Sowjetstaates, dem »Roten Oktober« fest. Aber auch im kommunistischen Diskurs wird der Macher der Revolution, Wladimir Lenin, von seinem Nachfolger Josef Stalin in den Schatten gestellt.

Matrix der Verdrängung

Die Frage, wie an die Russische Revolution 1917 erinnert wird, müsste eigentlich lauten: »Wie wird die Revolution vergessen?« Für Erinnerungshistoriker sind Erinnern und Vergessen unauflöslich miteinander verbunden, es sind zwei Seiten einer Medaille: Der Raum für bewusste Erinnerung wird erst durch das Vergessen anderer Elemente geschaffen. Die Revolution 1917 stellt im heutigen Russland eher ein Objekt der Vergessensforschung und Verdrängungskultur dar, denn ein Bestandteil einer aktiven Erinnerungspolitik.

Das offizielle Beschweigen dieses Weltereignisses steht im deutlichen Gegensatz dazu, wie das Jahr 1917 von Zeitgenossen wahrgenommen wurde. Von den einen wurde sie als verheißungsvoller Auftakt einer neuen Zeit, ein Aufbruch in eine bessere Zukunft aufgefasst, von anderen als fürchterliche Strafe Gottes, aber es war *der* zentrale Gegenstand intellektueller Bemühungen dieser Zeit.

Nichts davon ist heute wahrnehmbar. Die Revolution wird provinzialisiert und als Putsch einer fanatischen Minderheit, der Partei der Bolschewiki marginalisiert. Die gesamten revolutionären Prozesse im russischen Reich im letzten Drittel des 19. und ersten Drittel des 20. Jahrhunderts werden auf die bolschewistische Machtübernahme vom 25./26. Oktober 1917 (7./8. November nach gregorianischem Kalender) in Petrograd reduziert. Zumindest wird die Revolution in Russland nicht als globales Weltereignis erinnert, sondern als Chaos, das zum Zerfall des Kaiserreichs und Bürgerkrieg geführt hat.

In jeder anderen Großstadt Europas – von Amsterdam bis Zürich – sieht man im öffentlichen Raum mehr Spuren des 100. Jubiläums, als in Moskau oder St. Petersburg. Weder hier noch dort wurde die Revolution in die touristische Infrastruktur integriert. Zwar gibt es thematische Ausstellungen und wissenschaftliche Vortragsreihen, aber man vermisst – vor allem in St. Petersburg, der »Wiege der Revolutionen« – ein breit

aufgestelltes, auf ein Laienpublikum gerichtetes Programm, welches von der Zentralität des Ereignisses für das gesellschaftliche Leben zeugen würde.

Die Beobachtung, dass die Revolution verdrängt und vergessen wird, berührt unmittelbar die Frage nach den Inhalten, an die man sich stattdessen »aktiv erinnert«. Hier lohnt sich der Blick nicht nur auf die Geschichtspolitik (also staatliches Handeln, das bisweilen die Hegemonie einer bestimmten Interpretation der Vergangenheit anstrebt), sondern auch auf die verschiedenen gesellschaftlichen Interpretationen.

Russische Revolution im Schatten ...

... *militärischen Ruhmes*

Die offizielle Haltung des Staates zum Jahr 1917 besteht in der Beteuerung von Versöhnung und nationaler Eintracht als wichtigster Lehre der Revolution. Für den Kreml war dieses Jubiläum zwar unbequem, ganz ausblenden könnte man es jedoch auch nicht. Erst sehr spät, Ende des Jahres 2016, begann der Kreml mit den Vorbereitungen zu Jubiläumsfeierlichkeiten und formulierte den Slogan des Gedenkjahres: »Die Revolution darf sich nicht wiederholen!«.

So formulierte Wladimir Putin in seiner Rede vor der Föderalversammlung die Hauptlinie des Erinnerungsdiskurses für das Gedenkjahr 2017 – elf Monate vor dem Jahrestag der Oktoberrevolution und nur zwei Monate vor dem Tag der Februarrevolution. Der Vergleich mit den langfristigen Vorbereitungen für andere Feierlichkeiten, wie beispielsweise den »Tag des Sieges« (9. Mai 1945), macht den stiefmütterlichen Umgang des Kremls mit dem Thema Revolution deutlich. Mit der Umsetzung des Programms für die Gedenkfeiern betraute Putin die »Russische Historische Gesellschaft«, eine semistaatliche Institution unter dem Vorsitz seines Vertrauten Sergej Naryschkin. Das Motiv der Versöhnung soll auch in Denkmalform verfestigt werden: Für den 4. November dieses Jahres ist die Eröffnung

eines Versöhnungsdenkmals in Sewastopol auf der Krim geplant (Der 4. November war 2005 anstelle des »Tags der Oktoberrevolution« (7. November) als Tag der Einheit des Volkes zum Feiertag erklärt worden). Dieses Denkmal soll, so Kulturminister Wladimir Medinskij, an die Opfer beider Seiten im Bürgerkrieg erinnern und die Tragik der nationalen Spaltung im Jahr 1917 vermitteln. Die Revolutionsangst, die offiziell vermittelt wird, würde durch eine Fokussierung der Erinnerung auf die Folgen der Revolution – den Bürgerkrieg und den Zerfall der Staatlichkeit – verstärkt. Demgegenüber wird die »Stabilität« und ein starker Staat unter Putin gepriesen.

Die offizielle Funktionalisierung der Revolutionserinnerung ist im Kontext der russischen Innenpolitik zu sehen. Es klingt wie eine verbale »Konterrevolution« in Bezug auf die Oktoberrevolution, wenn nicht *soziale Gerechtigkeit* und *Demokratie* als Ideale der Gegenwart hochgehalten werden, sondern *Patriotismus* und *traditionelle Werte*. Das Erinnern an das Jahr 1917 beschränkt sich auf die Dämonisierung der Revolution als politische Praxis, stattdessen werden das Mantra der »Evolution statt Revolution« und die Stabilität hochgehalten. Durch den Hinweis auf die »farbigen Revolutionen« in vielen der ehemaligen Sowjetrepubliken sollen Schreckensszenarien von Chaos, Bürgerkrieg und Blutvergießen im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert werden.

In dieser Deutung werden die Bolschewiki also nicht wegen ihres Kampfes für den Kommunismus kritisiert, sondern wegen ihres »Unpatriotismus« und des »nationalen Verrates«. Mit Lenins Internationalismus, weit bekannt durch seinen Satz »Es geht nicht um Russland, darauf pfeife ich, meine Herrschaften«, können weder Kreml noch die meisten Russen etwas anfangen.

Populismus ist ein Stichwort, das fällt, wenn über die Funktionsweise der Geschichtspolitik gesprochen wird. Diese besteht, sehr allgemein gesprochen, aus einem selektiven Rückgriff auf die ruhmreichen Ereignisse der russischen »tausendjährigen Geschichte«. Dieser Strategie folgend, werden Motive ausgewählt, die die aktuellen Machtverhältnisse legitimieren. Im Zentrum des Narrativs steht der Sieg im »Großen Vaterländischen Krieg« 1941–1945. Zugleich spielt auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Erinnerung eine große Rolle: Das Vermitteln des offiziellen Diskurses wäre dann erfolgreich, wenn es bei einem breiten gesellschaftlichen Spektrum – von Sowjetnostalgikern bis zu Liberalen – auf Zustimmung trifft. Die Entscheidung, am 7. November 2017 eine Militärparade zu Ehren der Revolutionsparade am 7. November 1941 in Moskau abzuhalten, weist unmissverständlich auf den Wunsch nach gesellschaftlicher Akzeptanz hin. Weder Kommunisten noch ihre Kritiker werden die Bedeutung der Abwehr der Wehrmacht von Moskau im Dezember 1941 in Zweifel zie-

hen (die Parade hatte hier eine wichtige Mobilisierungsfunktion). So wird am 7. November zwar gefeiert, aber es hängt mit der Revolution nur mittelbar zusammen.

Eine weitere Taktik, die Erinnerung an die Revolution vereinbar zu halten, besteht in der Kompromissfindung bei der Begriffsfrage. Die zum Teil gegensätzlichen Begriffe (vom »Großen Oktober« bis zum »Putsch«) sind von der Kommission, die sich mit der Ausarbeitung des einheitlichen Schulbuchs befasst, auf einen Nenner gebracht worden: »Große Russische Revolution«. Mit diesem Begriff werden die Februarrevolution, die Oktoberrevolution und die Zeit dazwischen zusammengefasst. Das Kapitel, das die Jahre 1914–1922 behandelt, heißt »Große Erschütterungen«. Die Revolution wird gleichsam von den beiden Kriegen, dem Ersten Weltkrieg und dem Bürgerkrieg, umrahmt, was ihren tragischen Charakter betonen soll.

... des Imperiums

In der national-konservativen Interpretation wird die Revolution als Katastrophe gedeutet, die von Feinden des russischen Volkes ausgetragen wurde. Die Bolschewiki erscheinen als Vertreter feindlicher, ausländischer Interessen, haben sie doch ein westliches, den Russen »wesensfremdes« Ideengebäude, den Kommunismus, etabliert und die Staatlichkeit (das Russische Kaiserreich) zerstört. Das »Desaster von 1917« war in diesem Modell die Folge subjektiver Faktoren und irrational handelnder Personen, wie der bolschewistischen »Fanatiker«, der Freimaurer, der jüdischen Verschwörung oder ausländischer Agenten.

Da die Größe des Staates als Bewertungsmaßstab dient, erscheint der Sieg im »Großen Vaterländischen Krieg« dann doch eher als etwas, was die Konservativen mit der sowjetischen Macht versöhnen könnte. Schließlich habe das sowjetische »Imperium« seine größte Ausdehnung als Folge des Zweiten Weltkrieges erfahren.

... des Jahres 1937

Während in der oben aufgeführten Interpretation die Revolution im Schatten von 1945 steht, steht sie in der liberalen Deutung im Schatten von 1937. Hier gibt es eine strikte Trennung zwischen der Februar- und der Oktoberrevolution. Während die Februarrevolution als Reaktion auf eine tiefe Systemkrise des Zarenreiches interpretiert und somit als folgerichtig und unumgänglich gedeutet wird, erklärt es den Oktober zum gewaltsamen Umsturz einer Partei, die es lediglich im richtigen Moment verstanden hatte, das Volk zu mobilisieren. Die Februarrevolution erlebte als Durchbruch der Demokratie im Oktober 1917 ihr Scheitern und das Land erfuhr den Beginn einer totalitären und verbrecherischen Entwicklung. Bei der Betrachtung der Oktoberrevolution

liegt der Fokus auf den Instrumenten der Gewalt und des Terrors, die seit der Machtübernahme der Bolschewiki geschaffen wurden. Das verbrecherische Morden Stalins im Großen Terror erscheint hier als logische Folge der Oktoberrevolution 1917.

... *Stalins*

Es sind lediglich die Kommunisten in Russland – die »Kommunistische Partei der Russischen Föderation« (KPRF) seit 1993 und die Partei »Kommunisten Russlands« (seit 2012) –, die die Oktoberrevolution, Kommunismus und Lenin als positive Erinnerung aufrechterhalten. Schließlich können die Kommunisten nicht zulassen, dass Wladimir Lenin, der Anführer der Sozialistischen Revolution, oder der Gründungsmythos des Sowjetstaates – der »Rote Oktober« – einer absoluten Verdammung anheimfällt.

Lenin ist als »Anführer des Weltproletariats« bei Kommunisten ein unverzichtbares Symbol. Für die politische Praxis ziehen die Kommunisten jedoch Stalinische politische Ideen vor. Es mag einen wundern, dass in Russland auf dem »linken« politischen Flügel Stalin und nicht Lenin populärer ist. Setzt man sich mit der Ideologie der Kommunisten von heute auseinander, wird die Ambivalenz deutlich: Ihre Ideologie ist sowjetnostalgisch und an national-konservative Positionen angelehnt. So ist es Stalin, der Lenin im Jahr 2017 in den Schatten stellt. Er tritt als Symbol der Kapitalismuskritik auf, als »großer Führer« und »gerechter Herrscher«. Wenn Kommunisten auf ihren Antikorruptionsplakaten mit Stalin werben, dann setzen sie die »Ordnung« unter Stalin dem »entfesselten«, »korrumpierten«, vom Westen aufgenötigten Kapitalismus entgegen.

... *des Liebeslebens des Zaren*

Es ist paradox, dass die diesjährige Diskussion zum Gedenken an die Revolution einem sowjetischen Muster folgt, bei dem die Februarrevolution aus dem Blick fällt. Lediglich im März dieses Jahres, und vor allem von Seiten der Liberalen, wurde dem russischen Aufbruch Richtung Demokratie Aufmerksamkeit geschenkt. Danach verschwand der Februar wieder in den Historikerarchiven. Die mit ihm verbundenen demokra-

tischen Freiheiten, die Meinungs- und Pressefreiheit verdienen offensichtlich keine geschichtspolitische Referenz. In diesem Kontext ist das Auftreten der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) und orthodoxer Aktivisten als Erinnerungsakteure in Bezug auf die Revolution von beträchtlicher Bedeutung. Es liefert auch die Erklärung dafür, warum die Diskussion um die Bedeutung und das Erbe der Revolution durch die Diskussion um den Film »Matilda« von Alexei Utschitel verdrängt wurde. Der Film, gedreht mit russischen und deutschen Schauspielern, erzählt die Geschichte der Liebesbeziehung von Nikolaj Romanow, dem späteren Zaren Nikolaj II., zu der Balletttänzerin Matilda Kschesinskaja vor der Hochzeit des Zaren mit Alexandra Fjodorowna. So harmlos und menschlich die auf wahre Gegebenheiten gestützte Geschichte auch erscheint, werden der Film und seine Produzenten von ROK-Aktivisten und der Duma-Abgeordneten Natalja Poklonskaja heftig angefeindet. Seit mehreren Wochen laufen in russischen Städten Protestaktionen gegen den Film. Die Erzählung über den heilig gesprochenen Zaren als Menschen wird als Entweihung, Verleumdung und Beschmutzung der Ehre Russlands gedeutet. Ein Nebeneffekt davon ist wiederum, dass von der Hundertjahrfeier abgelenkt wird.

Die Verdrängungskultur existiert neben einer populären und konsumorientierten Exotisierung der Revolution. Rote Farbe und Revolution, Soc-Art samt Lenin- und Trotzki-Nippes sind hip und werden zu Konsum- und Unterhaltungszwecken aufbereitet. Dies heißt aber längst nicht, dass hinter dieser Vergegenwärtigung eine tiefere Reflexion steht. Jedenfalls ist es sinnfällig, dass ein Ereignis, das die Weltgeschichte entscheidend geprägt hat, im heutigen Russland als exotischer Kitsch und entfremdete Symbolik erscheint.

Schließlich stellt sich die Frage, inwieweit Russland mit seinem Unbehagen durch die Revolution etwas Einzigartiges darstellt. Es wird abzuwarten sein, wie Deutschland im nächsten Jahr das Jubiläum der Revolution von 1918 begehen wird. Der linke Intellektuelle Mikhail Iampolski hat jüngst den globalen Zeitgeist formuliert: »Das linke Erbe hat zugunsten des rechten Populismus ausgedient.« Zum Teil gilt das auch für die Führung Russlands.

Über die Autorin

Dr. Ekaterina Makhotina ist wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte der Universität Bonn. Sie forscht zu Erinnerungskulturen im östlichen Europa und zur Geschichte der Gefängnisse im frühneuzeitlichen Russland.

Lesetipps

- Schlögel, Karl: Das Sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt, München, 2017.
- Makhotina, Ekaterina: Keine Experimente. Die Revolution 1917 in Russlands Geschichtspolitik. In: Revolution retour. Vorwärts, und stets vergessen, in: Osteuropa, 2017, Nr. 6–8, S. 211–232.

Alles, nur keine Revolution!

Drei Ausstellungen zum hundertsten Jahrestag der Ereignisse von 1917

Andrei Zavadski, Berlin

Zusammenfassung

Die Schlüsselmedien in Russland schenken dem 100. Jahrestag der Oktoberrevolution von 1917 wenig Aufmerksamkeit. In einer solchen Situation werden Ausstellungen in großen Museen zu einem wichtigen Instrument, um das Interesse des Publikums für das Jubiläum zu gewinnen. Der nachfolgende Text betrachtet drei Ausstellungen, die in der Tretjakow-Galerie, im Museum der Zeitgeschichte Russlands und im Puschkin-Museum für darstellende Künste zu sehen sind. Alle drei Expositionen nutzen verschiedene Strategien, um das Jahr 1917 zu diskutieren. Während der chinesische Künstler Cai Guo-Qiang im Puschkin-Museum ein multidimensionales und umfassendes Stück Erinnerungsarbeit präsentiert, gestaltet sich die Erinnerung in den beiden anderen Museen eher eindimensional: Sie reduzieren das revolutionäre Ereignis auf einen katastrophentypischen Kollaps und einen Zusammenbruch des Staates, der von einer Gruppe intellektueller Extremisten provoziert worden sei. Statt des Jahres 1917 zu gedenken, nutzen diese beiden Ausstellungen die Vergangenheit als Kontext, um – mit Blick auf die Gegenwart – eine Revolution als solche zu verurteilen.

Oktoberrevolution in Russland – Kein Erinnern?

Stille, Leere, Aussparung, das sind die Worte, die Beobachter am häufigsten verwenden, um den Umgang des Regimes in Russland mit dem hundertsten Jahrestag der Ereignisse von 1917 zu beschreiben. Diese Worte sind in gewissem Maße eine Übertreibung: Die Internetseite der »Russischen Historischen Gesellschaft«, die von Präsident Putin mit der Organisation von Veranstaltungen aus Anlass des Jubiläums beauftragt wurde, listet 118 Aktivitäten auf – Ausstellungen, Konferenzen, Forschungsprojekte, öffentliche Vorträge, Dokumentarfilme, Monographien usw. –, die den Anlass würdigen sollen. Gleichwohl ergibt sich zwischen dem immensen und nicht zu leugnenden Einfluss der revolutionären Ereignisse auf Russlands Geschichte wie auch weiterhin auf dessen Gegenwart – ganz zu schweigen von ihrer Wirkung weltweit – sowie der Anzahl und Tragweite der Veranstaltungen zum Jahrestag eine markante Diskrepanz.

Beobachter haben darüber hinaus auf das fehlende Interesse der Russen an den revolutionären Ereignissen von vor hundert Jahren verwiesen. Dieser Umstand könnte sowohl Grund als auch eine Folge der Tatsache sein, dass Intellektuelle die Hauptkonsumenten wie auch die Produzenten der meisten Projekte zum Gedenken an die Ereignisse von 1917 sind. Das trifft auf die beiden Projekte zu, die die »Russische Historische Gesellschaft« auf Geheiß des Präsidenten initiiert hat, wie auch auf mehr oder weniger unabhängige Projekte, beispielsweise die Website »1917: Freie Geschichte« ([<https://project1917.ru/>](https://project1917.ru/)). Dadurch ist die Wahrscheinlichkeit ziemlich gering, dass Russen, die relativ wenig Inte-

resse haben, über die Bedeutung des Jahres 1917 für die Geschichte des Landes zu reflektieren, zufällig auf das Thema stoßen.

Da die wichtigsten Medien in Russland (landesweite Fernsehsender und große überregionale Zeitungen), die Ereignisse von 1917 weitgehend missachten, gewinnen die Ausstellungen eine besondere Bedeutung. Ausstellungen sind naturgemäß ein Format, das den Austausch mit einem relativ großen Publikum ermöglicht. Im Kontext dieses speziellen Jahrestages gewinnt das Format als publikumswirksamste Form von Public History (Öffentliche Geschichte) vielleicht eine umso größere Bedeutung. Ausstellungen können dazu beitragen, die Reflexion über 1917 auszuweiten und Raum für neue Interpretationen der revolutionären Ereignisse zu eröffnen, indem sie Möglichkeiten für »zufällige Begegnungen« mit der Vergangenheit schaffen.

Das Jahr 1917 in Ausstellungen

Ausstellungen zum Jahr 1917 sind zwar nicht so häufig, wie sie sein könnten oder wohl auch sollten. Dennoch gibt es eine Reihe von Beispielen, die auf die eine oder andere Weise das Jubiläum behandeln. Diese können nicht allesamt im vorliegenden Beitrag behandelt werden. Stattdessen sollen drei große Ausstellungen zu dem Thema betrachtet und versucht werden, Ähnlichkeiten und Unterschiede bei den Ansätzen zur Reflexion über 1917 herauszuarbeiten. Alle drei werden in staatlichen Museen in Moskau gezeigt: »Ein Jemand: 1917« (russ.: »Nekto 1917«) in der staatlichen Tretjakow-Galerie, »1917. Der Revolutions-Code« im Staatlichen Zentralmuseum der Zeitgeschichte Russlands und »Cai Guo-Qiang. Oktober« im Staatlichen Puschk-

kin-Museum für darstellende Künste. Die beiden ersten sind Teil des Programms der »Russischen Historischen Gesellschaft«. Zwei der Ausstellungen (»Cai Guo-Qiang. Oktober« und »Ein Jemand: 1917«) reflektieren mit den Mitteln der Kunst über die revolutionären Ereignisse, während die dritte einen historischen Ansatz verfolgt.

Keine der drei Ausstellungen versucht, ein umfassendes Bild aller Lebensbereiche in Russland während der Revolutionsjahre zu zeichnen, das die Ereignisse von 1905 bis 1907, die Februar- und die Oktober-Revolution 1917 und den anschließenden Bürgerkrieg umfassen würde. Im Falle der beiden Kunstaussstellungen (deren Strategien sich grundsätzlich unterscheiden) ist das verständlich. Vom Staatlichen Zentralmuseum der Zeitgeschichte Russlands, dem ehemaligen Revolutionsmuseum, kann man indes mehr erwarten.

»1917. Der Revolutions-Code«

Die Ausstellung »1917. Der Revolutions-Code« im Staatlichen Zentralmuseum der Zeitgeschichte Russlands bietet kaum mehr als einen Überblick über die politischen Ereignisse jener Zeit. Sie wurde in Zusammenarbeit mit dem Kulturministerium, der Föderalen Agentur für das Archivwesen und dem Russischen Staatsarchiv für politische und Sozialgeschichte ausgearbeitet. Andere Zeiten des Lebens in Russland werden nur minimal abgedeckt, sieht man davon ab, dass Graphiken die Bevölkerungsstruktur des Landes zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach Berufen und Geschlecht sowie nach ethnischen, sozialen und konfessionellen Gruppen gegliedert darstellen. Darüber hinaus gibt es einen kurzen Abschnitt, der dem Verhältnis des frühen Sowjetregimes zur Orthodoxen Kirche gewidmet ist. Dieser kann durchaus als Politikum verstanden werden, war doch die Kirche für lange Zeit ein konstituierender Teil des Staates gewesen. Während der »Code von 1917« den Russisch-Japanischen Krieg von 1904/05, die revolutionären Ereignisse von 1905 bis 1907, den Ersten Weltkrieg sowie die Februar- und die Oktober-Revolution selbst umfasst (was deshalb bedeutsam ist, weil viel viele Projekte die Ereignisse von 1917 auf den Staatsstreich durch die Bolschewiki reduzieren), ignoriert die Ausstellung bezeichnenderweise völlig den Bürgerkrieg, der den Ereignissen des Oktobers folgte. Es gibt lediglich einen Hinweis auf den Bürgerkrieg, nämlich in Form eines Posters von 1920. Es zeigt eine Karikatur von Alexander Koltshak, einem der Anführer der Weißen Bewegung, die ihn als blutrünstigen, macht- und geldhungrigen Alkoholiker darstellt und den Titel »Jeder zehnte Arbeiter und Bauer sollte erschossen werden« trägt.

Diese Reduzierung kann wohl kaum auf das fehlende Interesse der Russen an den Ereignissen von 1917 zurückgeführt werden. Es zeigt vielmehr zwei wichtige,

miteinander verknüpfte Dinge: Auf der einen Seite ist es extrem schwierig, den Ereignissen von vor hundert Jahren Sinn zu verleihen, denn noch gehören sie nicht ins Reich der Vergangenheit. Vielmehr dauert die Revolution gleichsam noch immer an, ist noch nicht aufgearbeitet und überwunden, weswegen ein distanzierter Blick auf sie, eine umfassende Reflexion innerhalb des Landes, schwer möglich ist. Auf der anderen Seite kann sich das derzeitige Regime in Russland nicht entscheiden, wie es sich in Bezug auf das Jahr 1917 positionieren soll. Es versucht die Quadratur des Kreises: Nachfolger der Sowjetunion zu sein, wie auch des Russischen Kaiserreiches; den Sieg im Zweiten Weltkrieg errungen (was wiederum als Grundlage für die heutige Erinnerungspolitik dient) sowie der Anti-Hitler-Koalition angehört zu haben und gleichzeitig ein Gegengewicht zum Westen darzustellen; die orthodoxe Tradition fortzuführen und ein modernisierter, säkularer Staat zu sein. Aufgrund dieses Nachfolge-Durcheinanders würde die Regierung die Ereignisse von 1917 am liebsten überhaupt nicht diskutieren. In einer Situation allerdings, in der es unmöglich ist, dieses Thema vollständig zu ignorieren, zieht man es vor, selektiv darüber zu sprechen.

»Cai Guo-Qiang. Oktober«

Das ist der Grund, warum es Nichtrussen offensichtlich leichter fällt, über 1917 nachzudenken – sei es außerhalb des Landes (keine Ausstellung in Russland reicht in ihrer Breite und Tiefe an die Ausstellung »1917. Revolution. Russland und Europa« im Deutschen Historischen Museum in Berlin heran) oder im Land selbst (»Cai Guo-Qiang. Oktober« im Puschkkin-Museum). Auch wenn die letztgenannte Ausstellung sich auf die Oktober-Revolution beschränkt, so repräsentieren die Installationen des chinesischen Künstlers Cai Guo-Qiang gleichwohl eine beispielhafte Reflexion über das Jahr 1917. Im Vorhof des Museums thront seine Arbeit »Herbst«, eine stattliche Konstruktion aus alten Wiegen und Krippen, aus denen Birken wachsen; mit der Zeit werden deren Blättern unweigerlich gelb und fallen ab. Die Installation ist eine kraftvolle Reflexion über das Unausweichliche des Herbstes – oder Niedergangs – jeder Utopie.

Innerhalb des Museums setzt sich die Erinnerungsarbeit in mehreren anderen Werken fort: »Das Land« stellt ein Strohfeld dar, das den Weißen Saal des Museums bedeckt, mit merkwürdigen Getreidezirkeln in der Mitte. In der Reflexion im großen Spiegel darüber werden die Getreidekreise zu Hammer, Sichel und fünfzackigem Stern. Der Zuschauer denkt unwillkürlich an die Zerstörung der russischen Landwirtschaft im Zuge der Kollektivierung wie auch an die Folgen der Revolution allgemein. »Das Land« wird von zwei anderen

Kunstwerken flankiert, den riesigen, 20 Meter langen, mit Schießpulver gemalten Gemälden »Fluss« und »Garten«. Diese Gemälde sind eigentlich nur ein Endprodukt von Performances, bei denen Fotografien aus den vergangenen hundert Jahren russischer Geschichte wie auch sowjetische und Revolutionsposter mit Schießpulver bedeckt und von dem Künstler vor einem Moskauer Publikum zur Explosion gebracht wurden.

Der Kulturhistoriker Alexander Etkind schreibt im Ausstellungskatalog: »Die explosive Kunst von Cai Guo-Qiang gedenkt der Vergangenheit, löst sich von ihr in einem himmlischen Begräbnisfest und öffnet uns einen Zugang zu unserem unbekanntem Jahrhundert«. Mit anderen Worten: Die Ausstellung im Puschkin-Museum ist der Versuch eines Künstlers, mit der Russischen Revolution abzuschließen. Der chinesische Emigrant Cai Guo-Qiang, dessen Leben in China erheblich durch die revolutionären Ereignisse von 1917 geprägt war, und der seine Vergangenheit nicht loswerden konnte, als er sein Heimatland verließ, versucht mit seiner Erinnerungsarbeit sich selbst – und uns alle – in die Zukunft zu führen.

»Ein Jemand: 1917«

Warum bekommen wir nicht auch in anderen russischen Museen Beispiele solcher Erinnerungsarbeit zu sehen? Einer der Gründe liegt darin, dass die Ausstellung im Puschkin-Museum die Sprache zeitgenössischer Kunst verwendet, die schwieriger zu verstehen und in geringerem Maße durch autoritäre staatliche Kontrolle angreifbar ist. Auch die Tretjakow-Galerie verwendet in ihrer Ausstellung »Ein Jemand: 1917« die Sprache der Kunst, um die Revolutionen zu diskutieren – allerdings nicht in komplexer, »zeitgenössischer« Form, sondern in einer Sprache, die leichter zu verstehen ist und daher stärker diskursive Rahmen benötigt. Ziel der Ausstellung ist zwar, »die schalen Stereotype [über 1917] zu überwinden und sich einem Verständnis des komplexen Bildes dieser wichtigsten Ära des russischen Geisteslebens anzunähern«. Dafür werden die unterschiedlichen Haltungen russischer Künstler zu den revolutionären Ereignissen in den Blick genommen. Trotzdem ruft sie – vielleicht ungewollt – dem Betrachter die Schrecken in Erinnerung, die eine Revolution mit sich bringt. Schon ihr Titel »Ein Jemand: 1917« geht auf Überlegungen des Schriftstellers Welimir Chlebnikow zum Aufstieg und Niedergang der verschiedenen Staaten zurück. Er hatte sie 1912 in der Anthologie »Eine Ohrfeige für den allgemeinen Geschmack« veröffentlicht und prophetisch angedeutet, dass dem russischen Staat 1917 etwas zustoßen werde.

Die Ausstellung präsentiert überwiegend Werke aus den Jahren 1916 bis 1918 und ist in sieben Abschnitte geteilt. Mindestens fünf von ihnen verurteilen die Revolution mehr oder weniger. Der erste Abschnitt unter dem

Titel »Mythen über das Volk« enthält Michail Nesterows 1916 entstandenes Gemälde »In der Rus. Die Seele des Volkes«, in dem Russland auf archaisch idyllische Art dargestellt wird. Das Werk ist neben einigen Werken aus dem Zyklus »Raseja« (1917) von Boris Grigorjew zu sehen, die das russische Volk überwiegend kritisch porträtieren. In einer Erklärung wird der Künstler Alexandre Benois zitiert: »Die Nation wird entweder ihre glorifizierte Weisheit zeigen [...] oder sie wird ihren zerstörerischen Kräften zum Opfer fallen«. Eine der Botschaften dieses Abschnitts lautet eindeutig: Von den Russen hatte man gedacht, sie seien ein heiliges Volk. Doch hat sich herausgestellt, dass sie eine subversive Kraft sind, die – in den Worten Benois – »zum ‚Gebiet‘ nicht nur der russischen Geschichte wurde, sondern das Schicksal der ganzen Welt bewegte.«

Die anderen Abschnitte folgen dieser Linie: Im Abschnitt »Flucht vor der Realität« (ein Titel, der für sich selbst spricht) wird der Eskapismus der Künstler angesichts der »destruktiven Tendenzen der Zeit« betont. Der Abschnitt »Künstlerwerkstatt« beschreibt, wie sich Künstler in ihre Ateliers zurückzogen um ungestört von der Revolution arbeiten zu können. In »Gesichter der Epoche« wird die Krise der Portraitmalerei herausgestellt; hier sind auch Nesterows berühmte »Philosophen« (Pawel Florenskij und Sergej Bulgakow) zu sehen, und zwar um die Erklärung ergänzt, dass »Menschen, die sich im Bann ihrer Ideen, Konzepte und Projekte befinden, das wirkliche Leben nicht wahrnehmen, sich vor diesem verschließen, was im Grunde den wichtigsten mentalen Widerspruch der Epoche darstellt«. Interessanterweise unterstreicht der Abschnitt »Utopie einer neuen Welt« (von dem eine Diskussion der großen utopischen Ideen zu erwarten gewesen wäre), dass vor 1917 abstrakte Kunst »nicht mehr als 20 Anhänger hatte und diese »absolute Minderheit« gleichwohl »revolutionäre Ideen und Bestrebungen verkündete«.

Darin liegt natürlich etwas Wahres, doch steht eine solche Zuspitzung im Einklang mit dem, was in der Ausstellung »1917. Der Revolutions-Code« hervorgehoben wird: Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass marxistische Gruppen zur Jahrhundertwende überwiegend aus Angehörigen der *Intelligenzija* bestanden hätten. Die Bolschewiki seien ursprünglich nur eine kleine Gruppe Radikaler ohne jeglichen Rückhalt in der Bevölkerung gewesen. Und es wird darauf verwiesen, dass die Oppositionsbewegung Zugeständnisse des Zaren in den Jahren 1905 bis 1907 ignoriert habe, was das Land schließlich Schritt für Schritt in die blutigen Ereignisse von 1917 getrieben habe. All dies dient der Illustration einer »nationaler Katastrophe«. In einer der beiden Einleitungen im Ausstellungskatalog wird daher bezeichnenderweise die Frage aufgeworfen: »Warum haben es

die russischen Bürger und all die politischen und gesellschaftlichen Organisationen, die sich für die Interessen des Volkes einsetzen wollten, nicht geschafft, eine weniger traumatisierende Lösung für die drängenden Probleme zu finden«, denen sich die russische Gesellschaft damals gegenüber sah?

Fazit

Die Ausstellung von Cai Guo-Qiang im Puschkin Museum ist komplex: Sie verbindet das Persönliche mit dem Universellen sowie das Russische mit dem Chinesischen bzw. Internationalen. Während sie eine möglichst multidimensionale, umfassende Erinnerungsarbeit anstrebt, reduzieren die beiden anderen Ausstellungen die Ereignisse des Jahres 1917 auf einen katastrophenartigen Kollaps und einen Zusammenbruch des Staates, der von einer Gruppe intellektueller Extremisten provoziert worden sei.

Erinnerung hängt immer mit der Gegenwart zusammen. Sie sagt uns in Wirklichkeit ebenso viel über das Heute, wie über das Gestern. Die Ausstellungen in der Tretjakow-Galerie und dem Museum der Zeitgeschichte Russlands hingegen erzählen *vor allem* von der Gegenwart und nutzen dabei den Kontext der Vergangen-

heit. Und in dieser Gegenwart wird die Revolution zum Schreckgespenst: »Der Hauptgrund für die Niederlage [im Russisch-Japanischen Krieg von 1904/05] war die Revolution, die in Russland ausbrach. Das russische oppositionelle Milieu hatte eine ausgesprochen defaitistische Haltung angenommen«, wie es eine der Erklärungen bei »1917. Der Revolutions-Code« beklagt – ganz in der Logik des gegenwärtigen offiziellen politischen Diskurses.

In Russland war nach 1945 eine Redewendung populär: »Alles, nur keinen Krieg!«. Die Ausstellungen in der Tretjakow-Galerie und im Museum der Zeitgeschichte Russlands zum Jahrestag der Revolution scheinen diesen Spruch abgewandelt zu haben: »Alles, nur keine Revolution!«. Sie zeigen – wie auch eine Reihe anderer russischer Museen – weniger »Ein Jemand: 1917«. Vielmehr schrecken sie den Besucher mit einem imaginierten »Jemand: 2017«, der Russland wieder zum Schauplatz einer Revolution machen könnte, falls man ihm zu viel intellektuellen Freiraum lässt und die Behörden nicht wachsam genug sind.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Andrei Zavadski ist Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Emmy-Noether Nachwuchsgruppe »Zur Medialisierung (semi-)autoritärer Herrschaft: Die Macht des Internets im post-sowjetischen Raum« am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Freien Universität Berlin. Er forscht hauptsächlich zur Erinnerungspolitik und dem kulturellen Gedächtnis in Russland, zu öffentlicher Geschichte (Public History) sowie zu Medien und Erinnerung.

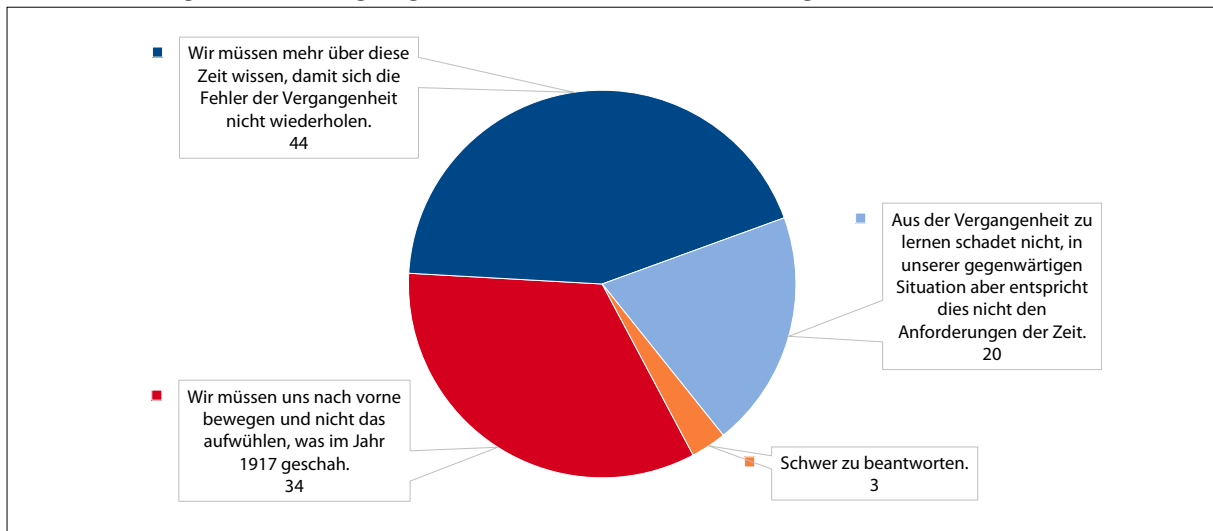
Lesetipps

- Schmid, Ulrich M.: *De profundis. Vom Scheitern der russischen Revolution*, Suhrkamp Verlag: Berlin 2017.
- Sapper, Manfred; Volker Weichsel (Hg.): *Revolution retour. 1917–2017: Vorwärts, und stets vergessen*, Osteuropa 67.2017, Nr. 6–8.
- Jan C. Behrends, Nikolaus Katzer, Thomas Lindenberger (Hg.): *100 Jahre Roter Oktober. Zur Weltgeschichte der Russischen Revolution*, Ch. Links: Berlin, 2017.
- Deutsches Historisches Museum, Schweizerisches Nationalmuseum (Hg.): *1917. Revolution. Russland und die Folgen*. Essayband und zwei Kataloge im Schubert, Sandstein: Dresden, 2017.

UMFRAGE

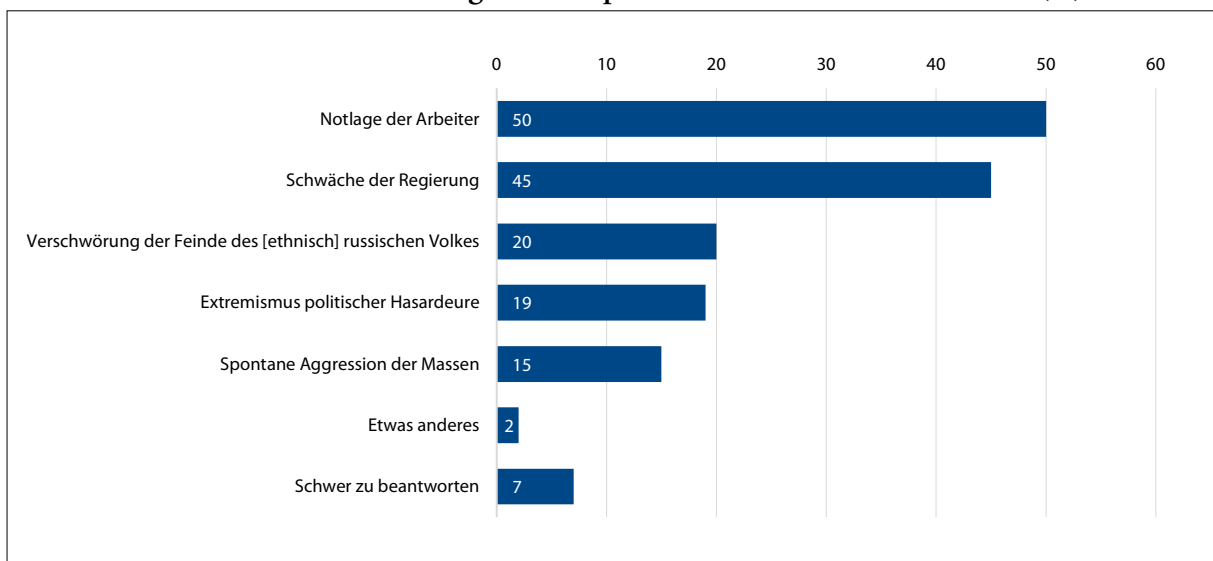
Die Oktoberrevolution in den Augen der Menschen in Russland

Grafik 1: Manche meinen, dass sich Russland nach vorne bewegen müsse und nicht das aufwühlen solle, was im Jahr 1917 geschah. Andere sagen, dass man über diese Zeit mehr wissen müsse, damit sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Welche der folgenden Aussagen geben am ehesten Ihre Meinung wieder? (%; eine Antwort)



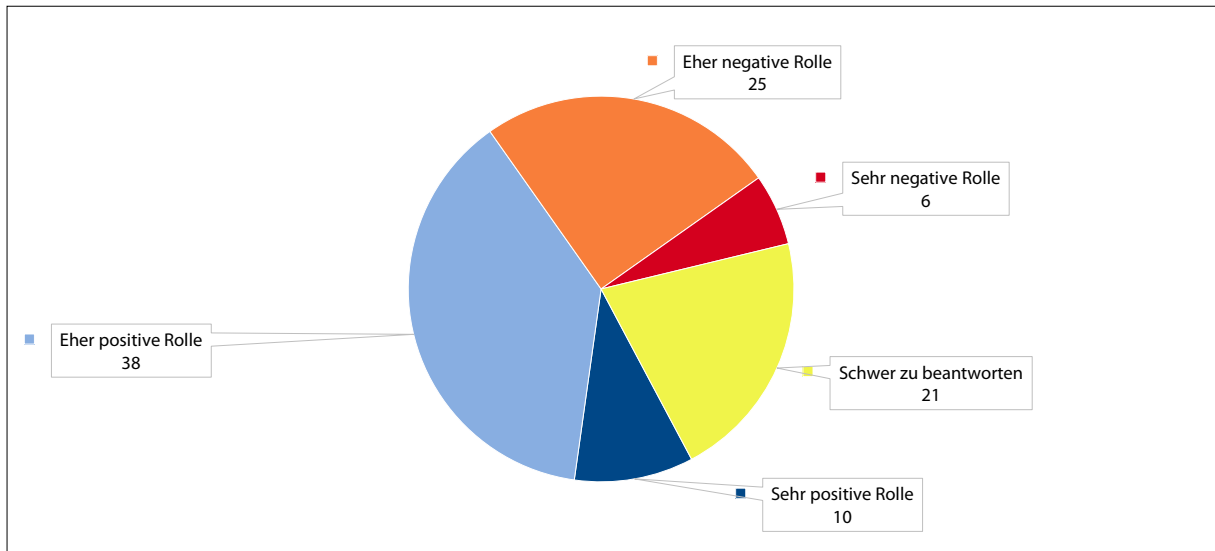
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 2.–6. März 2017, <<https://www.levada.ru/2017/04/05/oktyabrskaya-re-volyutsiya-2/>>, veröffentlicht am 5. April 2017

Grafik 2: Was führte Ihrer Meinung nach hauptsächlich zur Oktoberrevolution? (%)



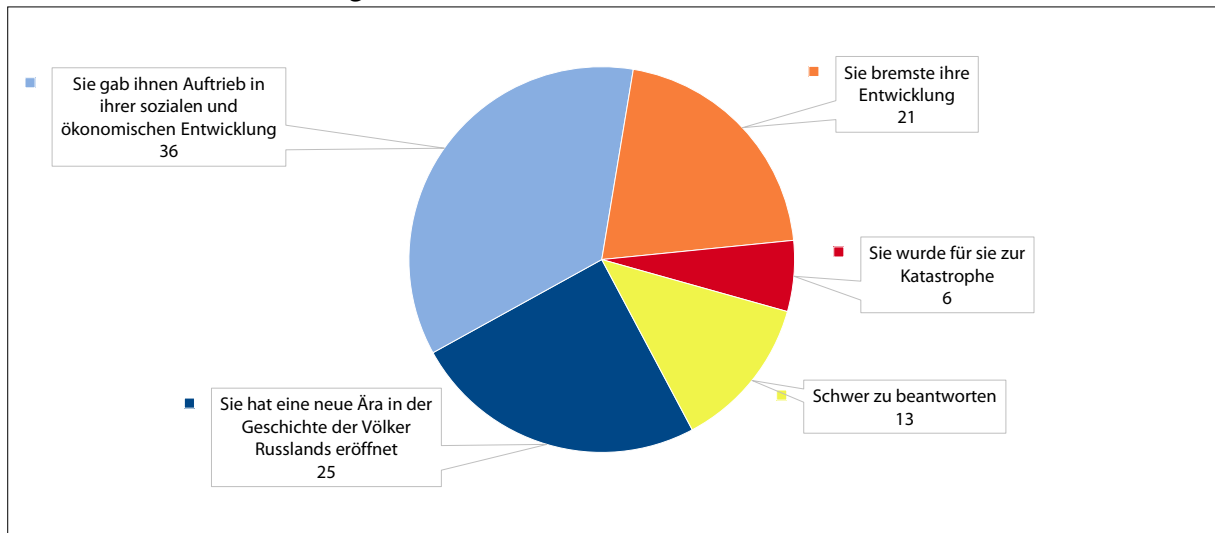
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 2.–6. März 2017, <<https://www.levada.ru/2017/04/05/oktyabrskaya-re-volyutsiya-2/>>, veröffentlicht am 5. April 2017

Grafik 3: Was denken Sie jetzt, spielte die Oktoberrevolution eine positive oder negative Rolle in der russischen Geschichte? (%)



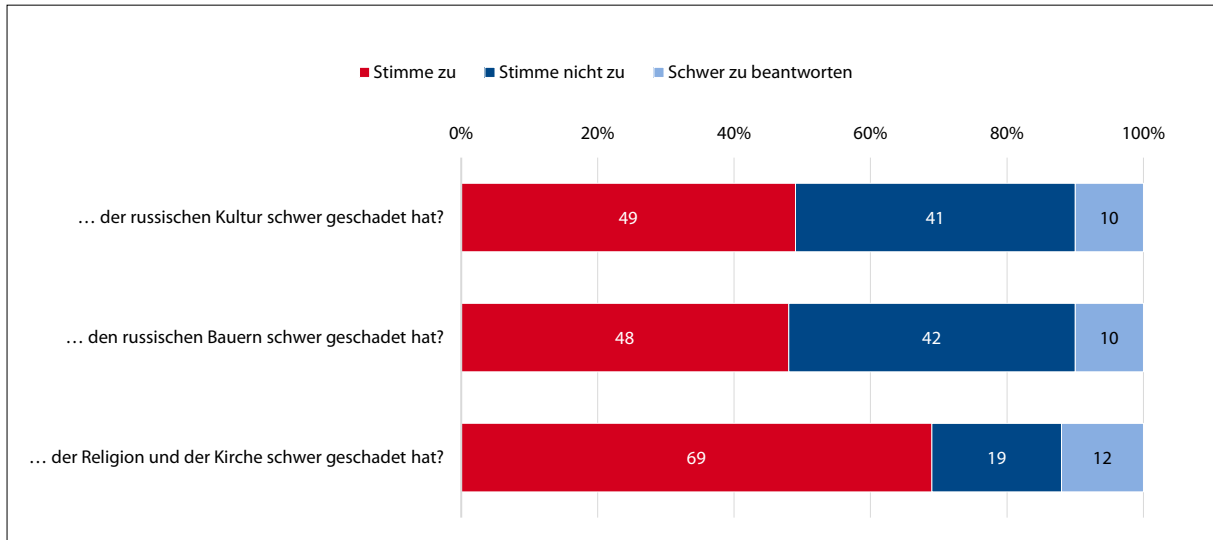
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 2.–6. März 2017, <<https://www.levada.ru/2017/04/05/oktyabrskaya-re-volyutsiya-2/>>, veröffentlicht am 5. April 2017

Grafik 4: Mit welchen der folgenden Meinungen darüber, was die Oktoberrevolution den Völkern Russlands gebracht hat, stimmen Sie am ehesten überein? (%)



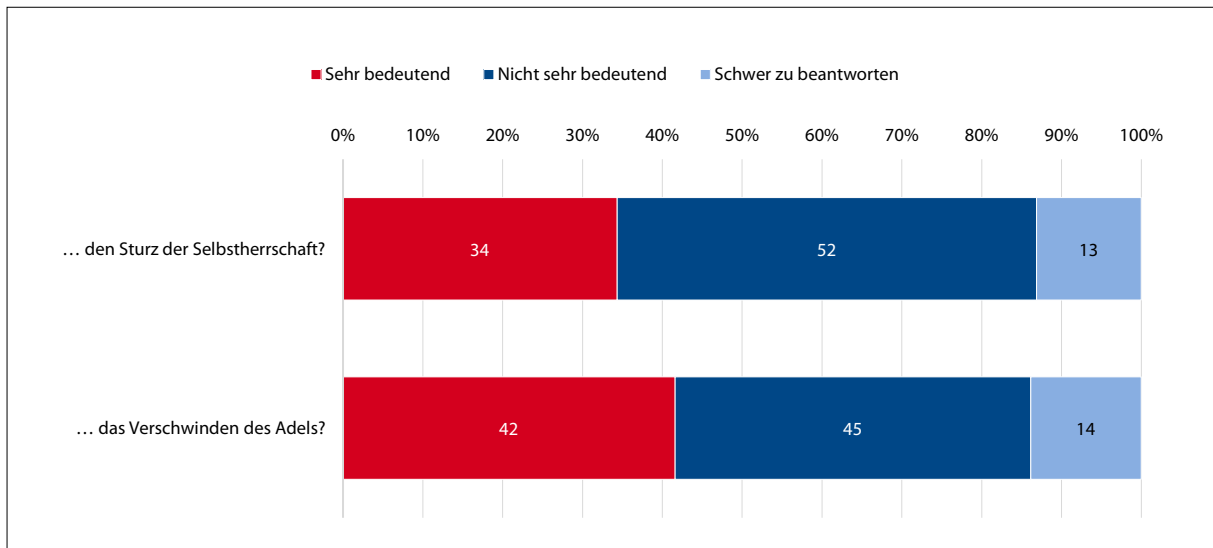
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 2.–6. März 2017, <<https://www.levada.ru/2017/04/05/oktyabrskaya-re-volyutsiya-2/>>, veröffentlicht am 5. April 2017

Grafik 5: Stimmen Sie zu oder stimmen Sie nicht zu, dass die Oktoberrevolution ... (%)



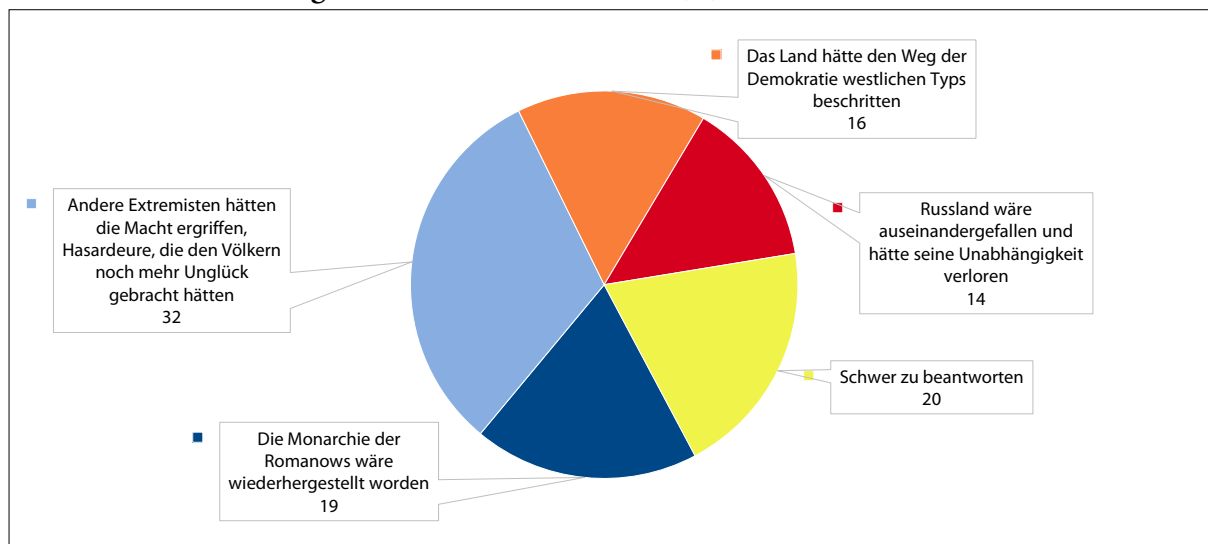
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 2.–6. März 2017, <<https://www.levada.ru/2017/04/05/oktyabrskaya-re-volyutsiya-2/>>, veröffentlicht am 5. April 2017

Grafik 6: Wie bedeutend für das Land war der Verlust durch ... (%)



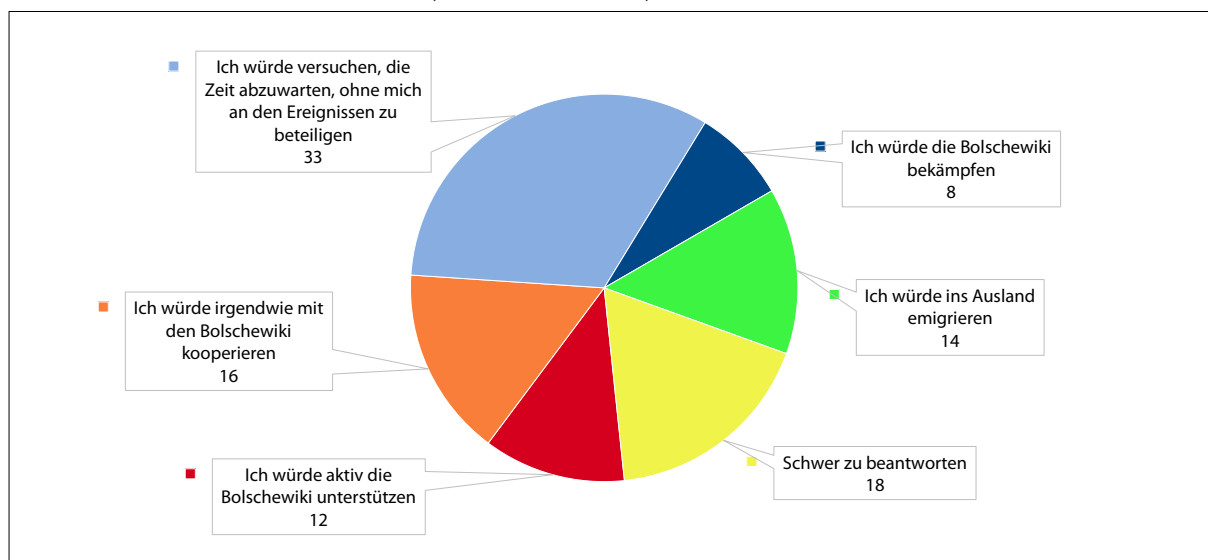
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 2.–6. März 2017, <<https://www.levada.ru/2017/04/05/oktyabrskaya-re-volyutsiya-2/>>, veröffentlicht am 5. April 2017

Grafik 7: Was glauben Sie wäre mit unserem Land geschehen, wenn die Bolschewiki 1917 nicht die Macht ergriffen und behalten hätten? (%)



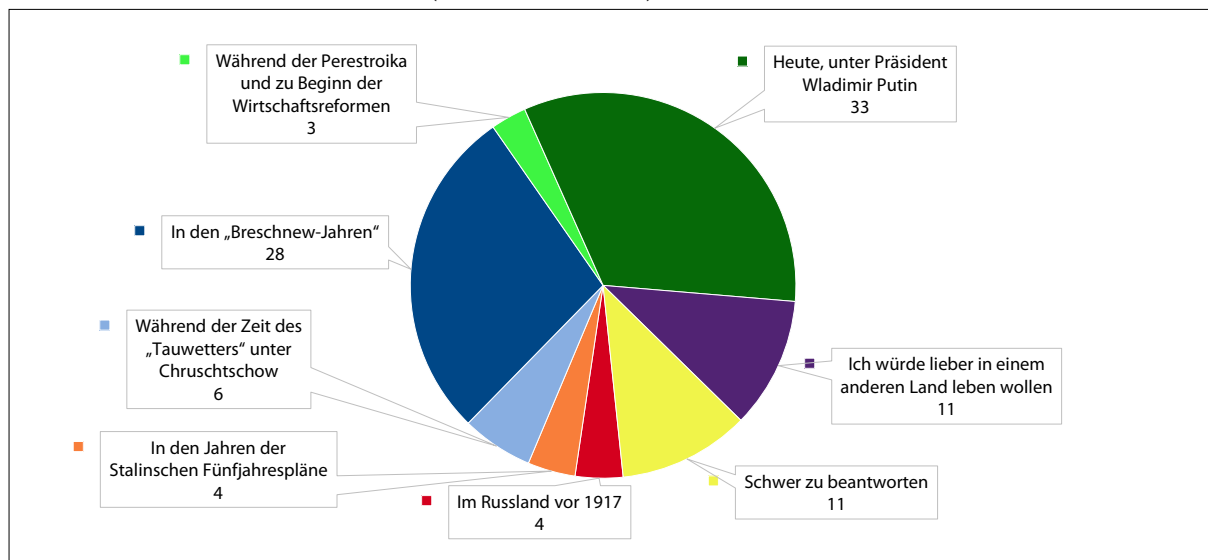
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 2.–6. März 2017, <<https://www.levada.ru/2017/04/05/oktyabrskaya-re-volyutsiya-2/>>, veröffentlicht am 5. April 2017

Grafik 8: Stellen Sie sich vor, die Oktoberrevolution würde sich vor Ihren Augen abspielen. Was würden Sie tun? (%; eine Antwort)



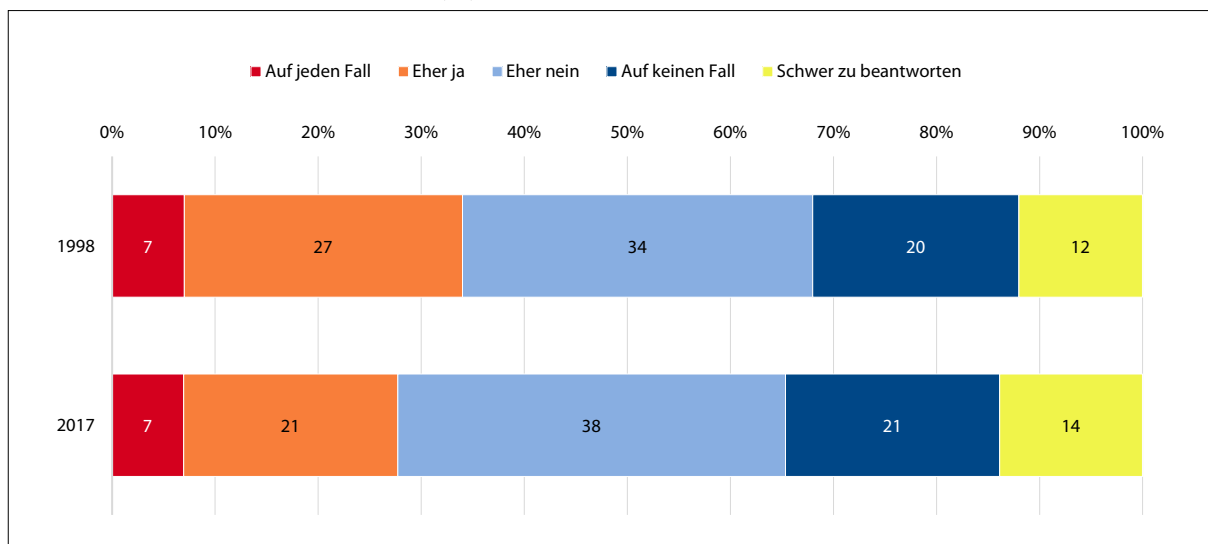
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 2.–6. März 2017, <<https://www.levada.ru/2017/04/05/oktyabrskaya-re-volyutsiya-2/>>, veröffentlicht am 5. April 2017

Grafik 9: Wenn man sein Leben noch einmal von vorne beginnen könnte, in welcher Zeit würden Sie leben wollen? (%; eine Antwort)



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 2.–6. März 2017, <<https://www.levada.ru/2017/04/05/oktyabrskaya-re-volyutsiya-2/>>, veröffentlicht am 5. April 2017

Grafik 10: Glauben Sie, dass sich im heutigen Russland ähnliche Ereignisse wie im Jahr 1917 wiederholen könnten? (%)



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 2.–6. März 2017, <<https://www.levada.ru/2017/04/05/oktyabrskaya-re-volyutsiya-2/>>, veröffentlicht am 5. April 2017

Die Präsidentschaftskandidatur von Ksenija Sobtschak

Jens Siegert, Moskau

Lange war es nur ein Gerücht. Mitte Oktober aber erklärte Ksenija Sobtschak, sie werde bei den Präsidentschaftswahlen im kommenden März antreten. ‚Ksenija wer?‘, dürften sich die meisten Menschen außerhalb Russlands fragen. In Russland aber kennt die 36-Jährige fast jeder. Mit einem Bekanntheitsgrad von 95 Prozent liegt sie nur knapp hinter Präsident Wladimir Putin, aber vor jedem anderen Politiker des Landes, solche Leute wie Premierminister und Ex-Präsident Dmitrij Medwedew eingeschlossen.

Bekannt wurde Ksenija Sobtschak durch das Fernsehen. Eine gefühlte Ewigkeit lang, von 2004 bis 2012, moderierte sie die Sendung »Dom-2«, die russische Version des Big-Brother-Containers. Daneben war sie aber auch in zahlreichen anderen Fernsehshows als Moderatorin zu sehen. Wer regelmäßig russisches Fernsehen schaute (und das ist die große Mehrheit der Menschen in Russland), kam also kaum an ihr vorbei. Seit 2008 macht Ksenija Sobtschak zudem auch politischen Journalismus mit einer Talkshow im ehemaligen Kabel- und seit 2012 nur noch Internetkanal »TV-Doschd«.

Allein dadurch gehört sie zum gesellschaftlichen, vor allem aber zum Glamour-Establishment in Russland. Doch auch ihre Herkunft trägt zu ihrer Popularität bei. Ihr Vater war Anatolij Sobtschak, der erste post-sowjetische Bürgermeister von Leningrad/St. Petersburg, in den 1990er Jahren eine der Frontfiguren des neuen, demokratischen Aufbruchs. Der Schrägstrich steht nicht zufällig im vorausgehenden Satz, denn die symbolisch bedeutsame Rückenbenennung der Zaren- und Revolutionsstadt Anfang der 1990er Jahre ist das vielleicht wichtigste Vermächtnis von Vater Sobtschak. Noch wichtiger, wenn auch kein *Vermächtnis*, ist vielleicht, dass einer der Stellvertreter Sobtschaks ein Ex-KGB-Agent namens Wladimir Putin war.

In der Presse, darunter vorwiegend der Boulevardpresse, wurde Ksenija Sobtschak lange Zeit vor allem mit Attributen wie »It-Girl« oder »russische Paris Hilton« bedacht. Das sollte wohl heißen, dass sie zwar irgendwie gewieft sei und gutaussehend ohnehin, aber ansonsten etwas hohl im Kopf und ihre Karriere viel mit ihrer Herkunft zu tun habe. Das änderte sich spätestens mit den Protesten gegen Wahlfälschungen und die Wiederwahl Wladimir Putins im Winter 2011/2012. Ksenija Sobtschak war eine der Protestierenden und entwickelte sich nicht zuletzt dank ihrer Bekanntheit schnell zu einer der Führungsfiguren dieser letztlich eher kurzlebigen Oppositionsbewegung. Schon damals verfolgte

ten sie aber wegen ihrer beruflichen Vergangenheit und der familiären Nähe zu Putin genährte Verdächtigungen, sie meine es nicht wirklich ernst mit ihrer Opposition, das Ganze sei nur ein neues gesellschaftliches Spiel.

Für ihre Glaubwürdigkeit spricht allerdings, dass Ksenija Sobtschak seinerzeit für ihr Engagement einen hohen Preis zahlen musste: Der Zugang zu den staatlichen oder vom Kreml kontrollierten Fernsehsendern (und das sind die mit Reichweite und Massenpublikum) wurde ihr verschlossen. Ihre Showmasterkarriere war zu Ende. Es blieb nur der kleine, nicht sehr reichweitenstarke Internetsender »TV-Doschd«, der fast ausschließlich politische und Informationsprogramme sendet.

Nun hat diese sehr bekannte, noch relativ junge Frau mit privaten Verbindungen zum Allermächtigen im Land, die in den vergangenen Jahren zwar politisch oppositionell engagiert, aber nirgendwo politisch wirklich gebunden war, also erklärt, Präsidentin werden zu wollen. Und das ganze Land diskutiert, was das zu bedeuten hat.

Ich will mich der Antwort auf diese Frage in drei Schritten nähern. Zuerst möchte ich ein wenig auf die programmatischen (soweit man das so nennen kann) Erklärungen von Ksenija Sobtschak eingehen. Dann soll kurz der in Russland immer schicksalhaften Frage nachgegangen werden, ob diese Kandidatur nun auf eigene Initiative erfolgt (aus *Eigensinn* sozusagen) oder sie Teil einer, wie das hierzulande heißt, *polittechnologischen* Strategie ist (einer des Kremls natürlich). Und zum Schluss sollen die möglichen Folgen des Ganzen für andere oppositionelle Kandidaten, vor allem natürlich für die Kandidatur von Alexej Nawalnyj, diskutiert werden.

Kandidatin »gegen alle«

Ksenija Sobtschak bezeichnet sich selbst als Kandidatin »gegen alle«. Das klingt erst einmal nach einer Wahlkampfparole, ist aber doch ein bisschen mehr. Seit 1991 konnten Wähler in Russland auf den Wahlzetteln nicht nur für eine oder einen der darauf aufgeführten Kandidatinnen oder Kandidaten entscheiden. Sie hatten auch die Möglichkeit, ihr Kreuz oder ihre Haken ganz unten zu machen und eben »gegen alle« zu stimmen. Das wurde 2006 unter Präsident Putin abgeschafft. Zwar sank damit die Wahlbeteiligung. Die war dem Kreml aber offensichtlich nicht so wichtig. Entscheidender war, dass die Stimmanteile der Sieger (und das waren schon damals fast ausschließlich Kremlparteien und Kreml-

kandidaten) durch die Abschaffung des »Gegen-Alle«-Kästchens stiegen.

Überhaupt positioniert sich Sobtschak als über den ideologischen Lagern stehend. In einem in der Tageszeitung »Wedomosti« veröffentlichten Text heißt es: »Ich befinde mich außerhalb starrer ideologischer Schranken. Ich gehöre keiner Partei an, bin durch keinerlei Partei- oder Gruppendisziplin gebunden. Im Rahmen dieser Kampagne bin ich nicht einmal für ‚die Krim ist unser‘ und auch nicht dagegen. Ich bin dafür, dass in unserem Land die totale Korruption aufhört, dass es wirkliche Politik gibt, eine Regierung, die der freien Willensbildung der Menschen verantwortlich ist, Menschen, die selbst entscheiden, wie sie leben wollen, die gleichberechtigt mit der Weltgemeinschaft und den Nachbarn entscheiden, wem die Krim wirklich gehört...« (<<https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2017/09/30/736005-sobchak-viborah-prezidenta>>).

Mit derart schönen, in Putins autoritärem Staat oppositionellen Worten geht es weiter. Sobtschak spricht sich »gegen Revolutionen« aus und für einen »friedlichen Übergang«, der in Russland das Prinzip von Personalwechseln an der Machtspitze etablieren soll. Sie lobt Alexej Nawalnyj dafür, dass er sich ebenso für einen friedlichen Machtwechsel ausspricht, sagt aber auch, dass es wichtig sei, dass »sie« (also die Machthaber) Nawalnyj nicht trauten. Ihr hingegen, Ksenija Sobtschak, würden sie Vertrauen entgegenbringen. Sie kenne einen großen Teil des russischen Establishments persönlich und diese Leute (einschließlich Putin, muss man hier wohl lesen) würden sie kennen. Sie könne also Vermittlerin zwischen Machthabern und Opposition sein.

Ein Projekt des Kreml?

Damit komme ich zur wohl wichtigsten, aber kaum wirklich beantwortbaren Frage, ob Ksenija Sobtschaks Kandidatur nun ein Kremlprojekt ist oder nicht. Glaubt man den vielen Kommentatoren in den russischen Medien, neigt sich die Waagschale zugunsten der Version, hier habe der Kreml die Hand im Spiel. Sobtschak selbst bestreitet das und Beweise gibt es (bisher zumindest) keine. Nach Sobtschaks Version habe sie sich zur Kandidatur entschlossen, weil der einzig *wirklich* oppositionelle Kandidat Alexej Nawalnyj aller Voraussicht nach nicht antreten darf (siehe dazu ausführlicher: <<http://russland.boellblog.org/2017/06/24/nawalnyj/>> und <<http://russland.boellblog.org/2017/09/22/kommunalwahlen-in-moskau-und-die-opposition/>>), es aber eine *wirklich* oppositionelle Alternative auf dem Wahlzettel geben müsse. Sie geht so weit zu erklären, sie werde ihre Kandidatur zurückziehen, sollte Nawalnyj ganz gegen alle Erwartung vom Kreml doch erlaubt werden, an den Wahlen teilzunehmen. Sie habe Präsi-

dent Putin, so Sobtschak, erst kurz vor der Ankündigung ihrer Kandidatur darüber informiert, als sie sich bei Dreharbeiten zu einem Dokumentarfilm über ihren Vater traf. Putin sei sichtbar »nicht erfreut« gewesen, hätte sich aber auch nicht direkt gegen ihre Pläne ausgesprochen.

Ob sich Ksenija Sobtschak die ganze Sache nun tatsächlich selbst ausgedacht hat (wie zum Beispiel der meist gut informierte Kommentator Konstatin Gaase schreibt: <<http://carnegie.ru/commentary/73373>>), oder ob es sich um eine Idee aus den Tiefen der Kremladministration handelt, ist aber inzwischen gar nicht mehr so wichtig. Denn selbst, wenn es stimmen sollte und die Initiative von Sobtschak ausgegangen sein sollte, hat der Kreml ziemlich schnell verstanden, welches Geschenk sie ihm zu machen begonnen hat. 64 meist positiv konnotierte Auftritte hatte Sobtschak in der Woche nach der Ankündigung ihrer Kandidatur in den vom Kreml kontrollierten landesweiten Fernsehkanälen. Damit wurde sie in den dortigen Politik- und Nachrichtensendungen öfter erwähnt als Präsident Putin. Das hat bisher noch kaum jemand geschafft, schon gar niemand, der sich als Opposition bezeichnet. Warum die Kandidatur von Ksenija Sobtschak – egal, ob nun selbst ausgedacht oder als Geschenk des Himmels daherkommend – einfach genial ist, möchte ich in ein paar Punkten erklären.

Folgen der Kandidatur

Als erstes verleiht eine Kandidatin Sobtschak den Wahlen Legitimation bis weit in die Opposition hinein, die sie ohne sie nicht hätten. Eine Kandidatur von Alexej Nawalnyj wäre in legitimatorischer Hinsicht selbstverständlich noch weit wirksamer, aber Nawalnyj wäre, einige Wahlen und Kampagnen haben das schon gezeigt, aus Kremlsicht ein Kandidat mit hohem Risiko. Das Risiko, das, wenn überhaupt, von Sobtschak ausgeht, ist dagegen klein und kalkulierbar. Doch auch mit ihr wird die Aufmerksamkeit für die Wahlen erhöht, vielleicht auch die Wahlbeteiligung. Die entgegengesetzten Strategie einer möglichst geringen Wahlbeteiligung ist dem Kreml erst diesen September bei den Kommunalwahlen in Moskau mächtig auf die Füße gefallen (siehe obigen Link hierzu). Zudem braucht Präsident Putin eine hohe Wahlbeteiligung *und* eine hohe Zustimmung, um seinen fast schon Heiligenstatus nicht zu gefährden.

Zum Zweiten dürfte sich mit Sobtschaks Kandidatur wiederholen, was schon die Krimannexion bewirkt hat: Die ohnehin hoffnungslos in der Minderheit befindlichen demokratischen Putingegner spalten sich erneut. Seinerzeit, 2014, teilten sie sich in diejenigen, die die Krim-Annexion begrüßen und diejenigen, die sie ablehnen. Es gibt zudem gerade im demokratischen Lager viele Menschen, die Nawalnyjs populistische Anflüge, seine

Flirts mit russischen Nationalisten und seine die Grenze zum Rassistischen oft nur knapp nicht überschreitenden Aussagen (und manche, die darüber hinausgehen) mit großer Skepsis sehen. Für viele, die nicht für Nawalnyj, aber gegen den Kreml stimmen möchten, könnte die betont demokratische, betont sich politisch korrekt benehmende Sobtschak eine Alternative sein.

Zum Dritten gibt es in der russischen Gesellschaft (selbstverständlich nicht nur in ihr, aber in ihr besonders) eine Tendenz, zwar protestieren zu wollen, aber das doch auf eher ungefährliche Weise zu tun. Der auch im Ausland allseits gut bekannte Nationalist Wladimir Schirinowskij demonstriert seit nun fast schon 25 Jahren virtuos, wie sich mit scheinradikaler Rhetorik und mit (zum Kreml) loyalem Verhalten in wichtigen Dingen viele Jahre nicht nur überleben, sondern sehr gut leben lässt. Aus Umfragen wissen wir, dass die allermeisten Menschen, die in Wahlen für Schirinowskij stimmen, zwar ihren Unmut kundtun wollen, sich aber vor wirklichen Veränderungen fürchten. Schirinowskij führt das Prinzip »Protestpartei« derart ad absurdum und hat es gleichzeitig soweit perfektioniert, dass seine Partei damit schon seit 1993 ununterbrochen im Parlament vertreten ist (und er selbst gut im Geschäft).

Viertens ist Ksenija Sobtschak in ihren demokratischen und kremlkritischen Aussagen (zumindest bisher) ebenso kompromisslos wie Schirinowskij in seinen nationalistischen Ausfällen. Eine kleine Probe zum »Tag der Einigkeit des Volkes« am 4. November (dem ein wenig künstlichen Ersatztag für die sozialistischen Revolutionsfeiern am 7. November): »Man sagt uns, Feinde würden uns umzingeln und wir müssten uns im Kampf gegen sie zusammenschließen. Wir seien gezwungen in Amerika Feinde zu suchen, in der Ukraine, unter uns selbst. Erklärt der erste Fernsehkanal heute einen Menschen zum Feind, kann der schon morgen ermordet werden [...]. So ist es mit Boris Nemzow passiert. Mit Anna Politkowskaja. Meinen Freunden. [...] Wir haben heute nichts zu feiern. Es gibt keine Einigkeit. Wir glauben einander nicht und glauben nicht aneinander. Wir vertrauen der Staatsmacht nicht mehr, die sich vereinigt hat, um uns zu erniedrigen und uns zu beklaugen, die selbst lügt und uns zu lügen zwingt.« Klarer, schärfer und genauer ist Kritik am Kreml heute kaum möglich. Viele Menschen, gerade diejenigen, die Nawalny miss-trauen, könnten glauben, dass Sobtschak es ernst meint und eben deshalb für sie stimmen.

Nun kann das alles in Bezug auf Nawalnyj ziemlich egal sein, da er, wovon eigentlich alle ausgehen, ohnehin nicht kandidieren dürfen. Mit Sobtschak, so könnte man argumentieren, gäbe es dann immerhin eine Kandidatin, deren Stimmen gezählt und dann als Gewicht einer demokratischen Opposition gewertet wer-

den könnten. Das ist erst einmal auch dann richtig, sollte es sich bei Sobtschaks Kandidatur tatsächlich (wie, ich wiederhole mich, ja die meisten glauben) um ein Kremlprojekt handeln. Ein gutes Ergebnis wäre ein ähnliches Zeichen wie es die Moskauer Gouverneurswahlen 2013 waren, bei denen Nawalnyj aus dem Stand und ohne Fernsehpräsenz 27 Prozent (offizielle, sprich Kremlzahlen!) der Stimmen holte.

Gegen diese Sichtweise, dass es also egal sei, ob nun Nawalny oder Sobtschak die demokratischen Stimmen einfährt, gibt es zumindest drei mir einleuchtende Einwände. Zum einen wird Sobtschak mit großer Wahrscheinlichkeit nicht alle, die für Nawalnyj stimmen würden, davon überzeugen können, nun ihre Stimme ihr zu geben. Zu groß sind die Vorbehalte in weiten Teilen der Opposition gegen ihren Establishment-Status. Zu groß sind die Zweifel an ihrer Selbstständigkeit.

Zum zweiten mindert Sobtschaks Kandidatur den politischen Preis, den der Kreml dafür wird zahlen müssen, Nawalnyj nicht zu den Wahlen zuzulassen. Eine demokratische Zählkandidatin machte es der Opposition weit schwieriger, den undemokratischen Charakter der Wahlen deutlich zu machen. Zudem dürfte sie die Wahrscheinlichkeit von Protesten allein schon wegen der Spaltung des demokratischen Wählerpotentials erheblich verringern.

Und drittens spielen beide, sowohl Nawalny als auch der Kreml ein Spiel, das viel langfristiger angelegt ist als die kommenden Präsidentenwahlen. Diese Wahlen sind nicht mehr als eine Zwischentappe, wenn auch eine wichtige. Davon, wie sie ablaufen werden, wie überzeugend oder nicht der Wahlsieg von Putin ausfallen wird, wie stark dafür manipuliert oder gar gefälscht werden muss, und wessen Interpretation des Ausgangs mehr geglaubt werden wird, hängt unter anderem ab, welche Richtung die russische Politik in den kommenden Jahren einschlägt und wie und wann die Nachfolge Putins geregelt werden wird. Alexej Nawalny ist 24 Jahre jünger als Wladimir Putin. Erfolge heute sind für ihn zwar schön, aber ein Mann mit seinen politischen Instinkten weiß, wie lange es normalerweise, also in nicht-revolutionären Situationen dauert, etwas aufzubauen, das einen ganz nach oben bringen kann.

Auch hier kann Sobtschaks Kandidatur für Nawalnyj gefährlich werden. So oder so wird sie, sollte ihre Kandidatur zugelassen werden, von den Strukturen profitieren, die Nawalnyj in den vergangenen Jahren mühsam und mit persönlichem Risiko aufgebaut hat (nicht zu reden von den immer wieder ein bis zwei Wochen, die er regelmäßig in Arrestzellen verbringen muss). Sobtschak verfügt selbst, das hat sie im obigen Zitat sogar als ihre Stärke, ihren Vorteil ausgegeben, über keinerlei politische Strukturen zu ihrer Unterstützung. Sie wird sich

aus dem zu bedienen versuchen (müssen), was andere demokratische Oppositionspolitiker vor ihr geschaffen haben. Nawalnyjs erzwungene Untätigkeit wird ihn für viele Menschen weniger attraktiv, dafür aber eine kandidierende Sobtschak attraktiver machen.

Hinter den Kremldauern

Zum Schluss noch eine Anmerkung. Hier ist immer wieder vom Kreml als denkendes und handelndes Subjekt die Rede. Das ist natürlich eine durchaus grobe Vereinfachung. Den Kreml gibt es höchstens in der Personifizierung von Präsident Putin. Und selbst Putin ist nicht ganz deckungsgleich mit diesem Gedankenkonstrukt. Im hier behandelten Fall Sobtschak ist mit Kreml meist der erste stellvertretende, für Innenpolitik zuständige Chef der Präsidentenadministration, Sergej Kirijenko, gemeint. Ihm vor allem wird von vielen Kommentatoren ein Interesse (mitunter gar die Urheberschaft) an Ksenija Sobtschaks Ankündigung einer Kandidatur zugeschrieben.

Kirijenko, so geht diese Erzählung, habe ein Auge auf diejenigen Liberalen geworfen, denen der gegenwärtige national-patriotische Kurs nicht gefällt, die aber grundsätzlich einer Kooperation mit dem Kreml nicht

abhold sind (und sei es nur, weil sie sich Veränderung ausschließlich von der Spitze ausgehend vorstellen können und Revolutionen fürchten wie die KGBler den Dissidenten). Davon gibt es eine ganze Menge. Viele von ihnen schreiben seit Jahren ein Reformprogramm nach dem anderen, die eines nach dem anderen nicht umgesetzt werden. Die Stimmung in dieser für den Kreml nicht unwichtigen Gruppe wird derweil immer finsterner. Sie müssen erstens bei der Stange gehalten werden (unter anderem, weil sie beim Geldverdienen gebraucht werden), und zweitens braucht Kirijenko sie, will er in der Auseinandersetzung seinen *aufgeklärten Autoritarismus* gegen die dunkle Seite der Macht, die nationalistischen und kirchlichen Männer eines immer unaufgeklärteren Autoritarismus, durchsetzen. Sobtschak wäre in dieser Erzählung ein Angebot an diesen Teil der funktionalen Elite Russlands. Ein Lichtstreifen am Horizont sozusagen. Das wiederum soll, so wird erzählt, Ministerpräsident Dmitrij Medwedjew gar nicht gefallen, der Kirijenko in seiner letzten Machtbasis wildern sieht. Aber das ist dann schon Teil einer anderen Geschichte.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

20. – 30. Oktober 2017

20.10.2017	Der frühere Gouverneur des Gebiets Nowgorod Wasilij Jurtschenko wird wegen Amtsmissbrauchs zu drei Jahren auf Bewährung verurteilt. Er war 2014 seines Amtes enthoben worden. Jurtschenko soll 2010 als Vizegouverneur die Versteigerung eines Grundstücks im Stadtzentrum von Nowgorod ausgesetzt und dieses unter Wert an eine Firma verkauft haben. Jurtschenko erklärt, er sei unschuldig und der Vorwurf inszeniert.
20.10.2017	Der russische Kulturminister Wladimir Medinskij kann seinen Dokortitel behalten. Dies empfiehlt die zuständige Kommission des Bildungsministeriums, das noch endgültig über den Fall entscheiden muss. Die Kommission hatte Vorwürfe geprüft, wonach Medinskij in seiner Doktorarbeit falsch zitiert habe und das Prozedere zur Verteidigung der Dissertation fehlerhaft gewesen sei.
21.10.2017	Das Strafermittlungs Komitee des Gebietes Orjol im Südwesten Russlands leitet ein Verfahren wegen »Anstiftung zu Hass oder Feindschaft« (Volksverhetzung) gegen den ehemaligen Lehrer Alexandr Bywschew ein. Ihm wird vorgeworfen, ein Gedicht über die Unabhängigkeit der Ukraine im Internet veröffentlicht zu haben, das abwertende Aussagen über »Russen« enthalte.
22.10.2017	Der Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj wird aus der Haft entlassen. Er war am 2. Oktober wegen wiederholter Aufrufe zur Teilnahme an nicht genehmigten Protestaktionen zu 20 Tagen Arrest verurteilt worden.
23.10.2017	Die stellvertretende Chefredakteurin des regierungskritischen Radiosenders »Echo Moskwy«, Tatjana Felgenbauer, wird bei einem Messerangriff schwer verletzt. Es ist unklar, ob die Tat politisch motiviert war oder von einem geistig verwirrten Menschen verübt wurde.
23.10.2017	In einer Kaserne in Tschetschenien erschießt ein Oberleutnant der Russischen Nationalgarde vier Soldaten. Hintergrund soll die drohende Entlassung des Offiziers aus dem Armeedienst gewesen sein.
25.10.2017	Achtem Tschijgos und Ilmi Umerow, zwei führende Politiker der Krimtataren und stellvertretende Vorsitzende der in Russland als extremistisch verbotenen Medschlis, werden vorzeitig aus russischer Haft entlassen und reisen in die Türkei aus. Sie waren wegen der »Organisation von Massenunruhen« vor der Obersten Rada der Krim und »Aufrufen zur Verletzung der territorialen Integrität« Russlands zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden, die jetzt ausgesetzt wurden. Zuvor hat der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan Gespräche mit seinen Amtskollegen in Russland und der Ukraine geführt.
26.10.2017	In der Nähe von Spitzbergen stürzt ein russischer Hubschrauber mit acht Menschen an Bord ins Meer. Bei dem Unglück kommen die fünf Besatzungsmitglieder und drei Wissenschaftler ums Leben.
26.10.2017	In Moskau wird Sofija Apfelbaum, die Direktorin des Russischen Akademischen Jugendtheaters, festgenommen. Ihre Verhaftung steht im Zusammenhang mit den Ermittlungen wegen Veruntreuung von Fördergeldern gegen den Regisseur Kirill Serebrennikow. Nach Angaben des Strafermittlungs Komitees habe Apfelbaum in ihrer früheren Funktion als Mitarbeiterin des Kulturministeriums zwischen 2011 und 2014 mit ihrer Unterschrift die Unterschlagungen durch eine Firma Serebrennikows gedeckt.
26.10.2017	Der Kurznachrichtendienst »Twitter« verbietet den russischen Medienunternehmen RT und »Sputnik«, Werbung auf seiner Plattform zu schalten. »Twitter« teilt mit: Die Entscheidung gehe auf Untersuchungen zur US-Präsidentenwahl 2016 und die Einschätzung der US-Geheimdienste zurück, wonach beide Medien versucht haben sollen, »im Auftrag der russischen Regierung die Wahl zu beeinflussen«. RT und »Sputnik« können allerdings weiterhin »Twitter« nutzen.
26.10.2017	In den großen russischen Kinos läuft der seit Monaten diskutierte Film »Matilda« des Regisseurs Alexej Utschitel an.
26.10.2017	Erstmals seit sieben Jahren fährt ein deutscher Bundespräsident zum Staatsbesuch nach Moskau. Anlass ist die Rückgabe der Kathedrale St. Peter und Paul, die unter Stalin enteignet worden war, an die evangelisch-lutherische Kirche in Russland.
27.10.2017	Die USA verhängen Sanktionen gegen 33 russische Firmen, die mit der russischen Rüstungsindustrie und den Geheimdiensten in Verbindung gebracht werden. Auf der vom US-Außenministerium veröffentlichten Liste finden sich u. a. das Waffenunternehmen »Rosoboronexport«, der staatlich kontrollierte Rakettenproduzent »Almas-Antej«, die Exportfirma »Rostec« und der größte russische Schiffsbauer »United Shipbuilding Corporation«.
27.10.2017	Wenige Tage nach dem Messerangriff auf eine Journalistin des regierungskritischen Radiosenders »Echo Moskwy« schickt der Chefredakteur Alexej Wenediktow eine andere Kollegin ins Ausland. Anders könne er seine Mitarbeiterin Ksenija Larina nicht schützen, erklärt Wenediktow. Zuvor hatte bereits der stellvertretende Chefredakteur der Zeitung »Nowaja Gaset«, Sergej Sokolow, mitgeteilt, seine Mitarbeiter mit Waffen ausstatten zu wollen.

29.10.2017	In Moskau nehmen nach unterschiedlichen Angaben zwischen einigen Dutzend und mehreren Hundert Menschen an einer Gedenkveranstaltung für die Opfer der Repressionen unter Stalin teil. Die von der Menschenrechtsorganisation »Memorial« organisierte Veranstaltung wurde von Tatjana Moskalkowa, der Menschenrechtsbeauftragten der Russischen Föderation, eröffnet.
30.10.2017	Die Journalistin und Fernsehmoderatorin Jekaterina Gordon erklärt ihre Absicht, bei den Präsidentschaftswahlen 2018 zu kandidieren. Sie wolle sich für die Rechte von Frauen und Kindern einsetzen und sei die einzige Kandidatin, die nicht auf Linie des Kremls liege.
30.10.2017	Präsident Wladimir Putin weiht in der Moskauer Innenstadt eine Gedenkstätte für die Opfer politischer Repression ein. Herzstück des Denkmals ist eine sechs Meter hohe Wand aus Bronze, die aus gesichtslosen, ineinander verschmolzenen Figuren besteht.
27.10.2017	Der Gründer und frühere Präsident des Konzerns »Naftogaz Ukraine«, Igor Bakaj, wird aufgrund von Betrugsvorwürfen in Moskau festgenommen. Bakaj war 2005 nach der Orangen Revolution nach Moskau geflohen.
01.11.2017	Wladimir Putin reist zu einem trilateralen Wirtschaftstreffen mit dem Iran und Aserbaidschan in die iranische Hauptstadt Teheran. Er trifft dabei seinen iranischen Amtskollegen Hassan Ruhani. Im Fokus der Gespräche stehen das internationale Atomabkommen mit dem Iran und der Konflikt in Syrien. Außerdem wird über eine Zusammenarbeit im Energiebereich sowie den Ausbau des Tourismus und der Bankbeziehungen gesprochen.
01.11.2017	In Russland tritt ein Gesetz in Kraft, das die Betreiber von VPN-Diensten und Anonymisierungsdiensten dazu zwingen soll, nicht bei einer Umgehung der Blockade von Internetseiten behilflich zu sein, die vom Föderalen Dienst für die Aufsicht im Bereich des Fernsprechwesens, der Informationstechnologie und Massenkommunikation (Roskomnadsor) gesperrt wurden.
02.11.2017	Der russische Schriftsteller Wladimir Makanin stirbt im Alter von 80 Jahren. Zuletzt waren von ihm auf Deutsch »Benzinkönig« und »Der Schreck des Satyr beim Anblick der Nymphe« erschienen.
03.11.2017	Der im Juni 2016 wegen Korruptionsvorwürfen verhaftete Bürgermeister von Wladiwostok Igor Puschkarjow tritt von seinem Amt zurück.
05.11.2017	In Moskau und anderen Städten Russlands werden über 400 (nach Angaben des Innenministeriums: 302) mutmaßliche Anhänger des Bloggers Wjatscheslaw Malzew und der Bewegung »Artillerievorbereitung« festgenommen. Malzew befindet sich derzeit im Ausland. Gegen ihn war wegen Aufrufen zu »extremistischer« Betätigung ein Haftbefehl ausgestellt worden. Er hatte u. a. des Öfteren verkündet, dass es am 5. November 2017 zu einer Revolution in Russland kommen werde.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Gwendolyn Sasse (verantwortlich) und Martin Brand

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen zur post-sowjetischen Region werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Polen-Analysen werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut, der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>